

INTERPELLATION von Hans Frei (SVP, Regensdorf), Ruth Frei-Baumann (SVP, Gibswil) und Michael Welz (EDU, Oberembrach) sowie Mitunterzeichnende
betreffend Bekenntnis zu einer produzierenden Landwirtschaft

Die jüngste Entwicklung in der weltweiten Nahrungsmittelversorgung lässt aufhorchen. Der Zürcher Regierungsrat hat in den letzten Jahren, Monaten und Wochen bei öffentlichen Auftritten sowie im Projekt «Zukunftsfähige Landwirtschaft Kanton Zürich» und bei der Verlegung des Amtes für Landschaft und Natur (ALN) in die Baudirektion stets ein klares Bekenntnis für eine produzierende Landwirtschaft abgegeben und unterstützt diese auch konkret mit dem Bildungs- und Kompetenzzentrum Strickhof. Der Kantonsrat hat diese Politik erfreulicherweise stets mitgetragen. Auch das Stimmvolk hat mit der Ablehnung der Landschaftsinitiative ein Zeichen für eine produzierende Landwirtschaft gesetzt. Vor wenigen Tagen wurde diese Politik durch einen wegweisenden Bundesgerichtsentscheid zur Erhaltung der Fruchtfolgeflächen im Zusammenhang mit einem geplanten Golfplatz im Raum Bonstetten ebenfalls von höchster Stelle gestützt.

Nun stellt der Bundesrat für die Landwirtschaft die Weichen für die künftige Entwicklung auf eine neue Basis. Er hat ein Mandat zur Aufnahme von Verhandlungen für ein Agrarfreihandelsabkommen mit der EU beschlossen und ist offensichtlich bereit, bei der WTO sehr weitgehende Zugeständnisse zulasten der Landwirtschaft einzugehen.

In diesem Zusammenhang stellen sich folgende Fragen:

1. Steht der Regierungsrat nach wie vor zu seinen Aussagen, eine Nahrungsmittel produzierende Landwirtschaft zu unterstützen und zu fördern? Wie beurteilt er seine bisherige Politik im Hinblick auf die Entwicklungen der internationalen Versorgungslage?
2. Welche Bedeutung hat aus Sicht der Zürcher Regierung die bewirtschaftete und gepflegte landwirtschaftliche Kulturlandschaft für den Werk- und Arbeitsplatz Zürich, insbesondere auch für die Ansiedlung neuer Unternehmen sowie für den Tourismus?
3. Wie beurteilt der Regierungsrat mögliche Auswirkungen der genannten internationalen Verträge auf die Zürcher Landwirtschaft? Teilt er die Befürchtungen, dass dadurch Nahrungsmittelimporte steigen, der Selbstversorgungsgrad sinkt und Arbeitsplätze im Kanton Zürich gefährdet sind?
4. Wie beurteilt der Regierungsrat mögliche Auswirkungen auf die Umweltpolitik des Kantons sowie auf die Naherholungsgebiete der Zürcher Bevölkerung? Können mit Anpassungen bei den Bau-, Naturschutz-, Tierschutz- und Landschaftsschutzvorschriften günstigere Voraussetzungen zur Senkung der Produktionskosten gemacht werden?
5. Was gedenkt der Regierungsrat zu tun, um seine bisherige Politik durchzusetzen? Ist er bereit, sich dafür im Rahmen der kantonalen Konferenzen sowie beim Bund weiter für eine eigenständige, Nahrungsmittel produzierende Landwirtschaft einzusetzen?

Hans Frei
Ruth Frei-Baumann
Michael Welz

E. Bachmann	H. Bär	K. Bosshard	R. Brunner	S. Dollenmeier
H. Egli	G. Fischer	R. Frehsner	Hr. Frei	L. Habicher
U. Hans	H. P. Häring	H. Haug	M. Hauser	A. Heer
H. H. Heusser	R. Isler	W. Isliker	R. Jenny	O. Kern
S. Krebs	H. Kyburz	R. Menzi	C. Mettler	E. Meyer
W. Müller	D. Oswald	P. Preisig	S. Ramseyer	H. H. Raths
C. Schaub	H. Schmid	J. Schneebeli	R. Siegenthaler	B. Steinemann
B. Stiefel	I. Stutz	A. Suter	T. Toggweiler	J. Trachsel
C. Vohdin	T. Weber	C. Zanetti	H. Züllig	